

Martina Munz, Nationalrätin

Kein Erdrutsch, aber ein Lichtblick

Jünger, weiblicher, grüner! Das neue Parlament steht unter Beobachtung. Sowohl Frauen als auch die Klimajugend hoffen auf eine Umsetzung ihrer Forderungen.

So viele friedliche Demonstrationen wie dieses Jahr gab es noch nie in unserem Land. Sie hatten grossen Einfluss auf die Wahlen. Und genauso gross war die Spannung am ersten Tag bei der Abstimmung über das erste politische Geschäft im neu zusammengesetzten Rat. Das Resultat war verheissungsvoll. Der Rat sprach sich deutlich für mehr Transparenz beim Lobbying aus und machte einen kleinen Schritt in Richtung Transparenz. Künftig soll es ein Lobbyisten-Register geben, in dem jeder Interessensvertreter offengelegen muss, für welche Klientel er im Bundeshaus weibelt. Noch im letzten Juni wollte der Nationalrat bei der gleichen Vorlage nicht einmal eintreten. Also doch, das neue Parlament tickt anders! Damit könnte auch die Offenlegung von Nebeneinkünften der Parlamentsmitglieder und die dringende Einschränkung des Lobbying in parlamentarischen Kommissionen wieder Auftrieb bekommen.

Am zweiten Tag befasste sich der Rat mit der zweiten Etappe des Raumplanungsgesetzes RPG2, der Zersiedelung und dem Landverschleiss. In den letzten Jahren wurde ausserhalb der Bauzone die Flächen der Städte Bern, Zürich und Basel zubetoniert und Landwirtschaftliche Gebäude beanspruchen heute 25 Prozent mehr Boden, trotz Halbierung der Anzahl Betriebe seit das Inkrafttreten des Raumplanungsgesetzes. Obwohl das Bundesamt für Raumplanung Alarm schlägt, wurden griffige Bestimmungen im bestehenden Gesetz mit vielen Ausnahmen durchlöchert. Der dringende Handlungsbedarf bei der ausufernden Bautätigkeit ausserhalb der Bauzone und die Stärkung der grünen Kräfte im Parlament weckten die Hoffnung auf einen Befreiungsschlag: Trotzdem hat das Parlament mit 83 zu 108 Stimmen Nichteintreten beschlossen. Damit gehen mehrere Jahre verloren, in denen weiterhin Flächen im Nichtbaugelände versiegelt werden. Und es zeigt sich, dass auch bei wichtigen, grünen Themen dem neuen Parlament die Mehrheit fehlt.

In der Budgetdebatte zeigte sich eine weitere schmerzliche, wenn auch sehr knappe Niederlage. Renaturierungen von Gewässern sind wichtige Massnahmen gegen den Verlust an Biodiversität. Der Bund hat das Revitalisierungsprogramm bereits 2012 gestartet. Doch die Beiträge wurden zu Beginn nur zögerlich abgeholt, denn die Erarbeitung von guten Biodiversitätsprojekten braucht Zeit. Jetzt, wo in fast allen Kantonen Projekte umsetzungsreif sind, stellt der Bund aber zu wenig Geld bereit. Deshalb sollten die nicht bezogenen Mittel der letzten Jahre nun dieses Jahr zur Verfügung gestellt werden. Doch mit 96:95 ging die wichtige Abstimmung für mehr Biodiversität verloren. Auch die Abstimmung über eine schnellere Überprüfung der Wirkstoffe auf Toxizität fiel ernüchternd aus. Dass es mit der heutigen Gesetzeslage es rund 20 Jahre dauern wird, alle zugelassenen Stoffe zu prüfen, interessiert im Parlament zu wenige. Die beunruhigenden Meldungen über Pestizide im Trinkwasser und im Grundwasser sind offenbar für das Parlament und für die Landwirtschaftslobby nicht beunruhigend genug.

Die Bäume wachsen also mit dem neuen Parlament nicht in den Himmel. Trotzdem ist im Bundeshaus eine neue Dynamik zu spüren. Es besteht Hoffnung, dass wir in wichtigen Dossiers wie das Rahmenabkommen, in Gesundheitsfragen, bei der Altersvorsorge und beim Klimaschutz vorwärtskommen und nicht an Ort treten wie die letzten vier Jahre.